

Resolution

Vertreterversammlung der KZV Hessen am 10.06.2017 in Frankfurt

Resolution Nr.:	1
Antragsteller:	Czerny, Deckwer, Hauk, Mangold, Meiser, Pfeiffer, Schade
Betreff:	Weiterentwicklung des dualen Krankenversicherungssystems - Teilhabe am gesundheitlichen Fortschritt für alle sichern

Die Vertreterversammlung der KZVH bekennt sich zum dualen System der Krankenversicherung in Deutschland. Einer „Bürgerversicherung“ als Einheitsversicherung aller Bürgerinnen und Bürger erteilt sie eine Absage.

Nur durch den Erhalt auch des privaten Krankenversicherungsmarktes kann es dauerhaft gelingen, eine umfassende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung sicherzustellen.

Die gesundheitliche Versorgung in Deutschland nimmt im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz ein. Diesen Status gilt es zu erhalten und auszubauen. Für die medizinische und zahnmedizinische Versorgung in Deutschland hätte der Umbau zu einer Einheitsversicherung eindeutig negative Konsequenzen. Der Wettbewerb zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung im Versorgungsmarkt, der bisher die Einführung von medizinischen Innovationen vorantreibt, käme zum Erliegen.

Auch die Versorgungsqualität würde sich verschlechtern. Wahlmöglichkeiten bei der Inanspruchnahme zahnärztlicher Leistungen würden durch den Wegfall privat-zahnärztlicher Leistungen zum Nachteil der Versicherten entfallen, ohne dass dies Einspareffekte für die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung zur Folge hätte.

Eine Bürgerversicherung ist somit kein Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Im Gegenteil, sie schließt weite Teile der Bevölkerung vom medizinischen Fortschritt aus. Eine „Zwei-Klassen-Medizin“ wird dadurch geradezu gefördert, denn solvente Bürgerinnen und Bürger werden sich weiterhin medizinischen Fortschritt verschaffen können, nötigenfalls in Grauzonen des Gesundheitsmarktes oder im Ausland.

Die Vertreterversammlung der KZVH lehnt daher die Einführung einer Einheitsversicherung ab und fordert stattdessen eine kontinuierliche Weiterentwicklung des erfolgreichen dualen Versicherungssystems. Nur auf diesem Weg kann auch in Zukunft die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am Fortschritt der medizinischen und zahnmedizinischen Versorgung gewährleistet werden.

Resolution				
angenommen	Ja	Nein	Enthaltungen	Vorsitzender